

Rechte Netzwerke: Erklärungsansätze, Erscheinungsformen und Gegenstrategien

AfD – der Feind der Beschäftigten

Vortrag mit Gerd Wiegel

(Leiter des Referats Demokratie, Migrations- und Antirassismuspoleitik, DGB Bundesvorstand)

Donnerstag, 18. September 2025



KOOPERATIONSSTELLE
HOCHSCHULE – GEWERKSCHAFTEN

**Arbeit und
Leben**

NIEDERSACHSEN

Carl von Ossietzky
**Universität
Oldenburg**



Rechte Netzwerke: Erscheinungsformen – Erklärungsansätze - Gegenstrategien

„AfD – der Feind der Beschäftigten“

18. September 2025

1. Gewerkschaftliche Herausforderungen durch die AfD
2. Keine Partei für abhängig Beschäftigte
3. Gründe für die AfD-Präferenz unter Beschäftigten
4. Gewerkschaftliche Reaktionen und Eingriffsmöglichkeiten

Gewerkschaftliche Herausforderungen beim rechten Aufstieg

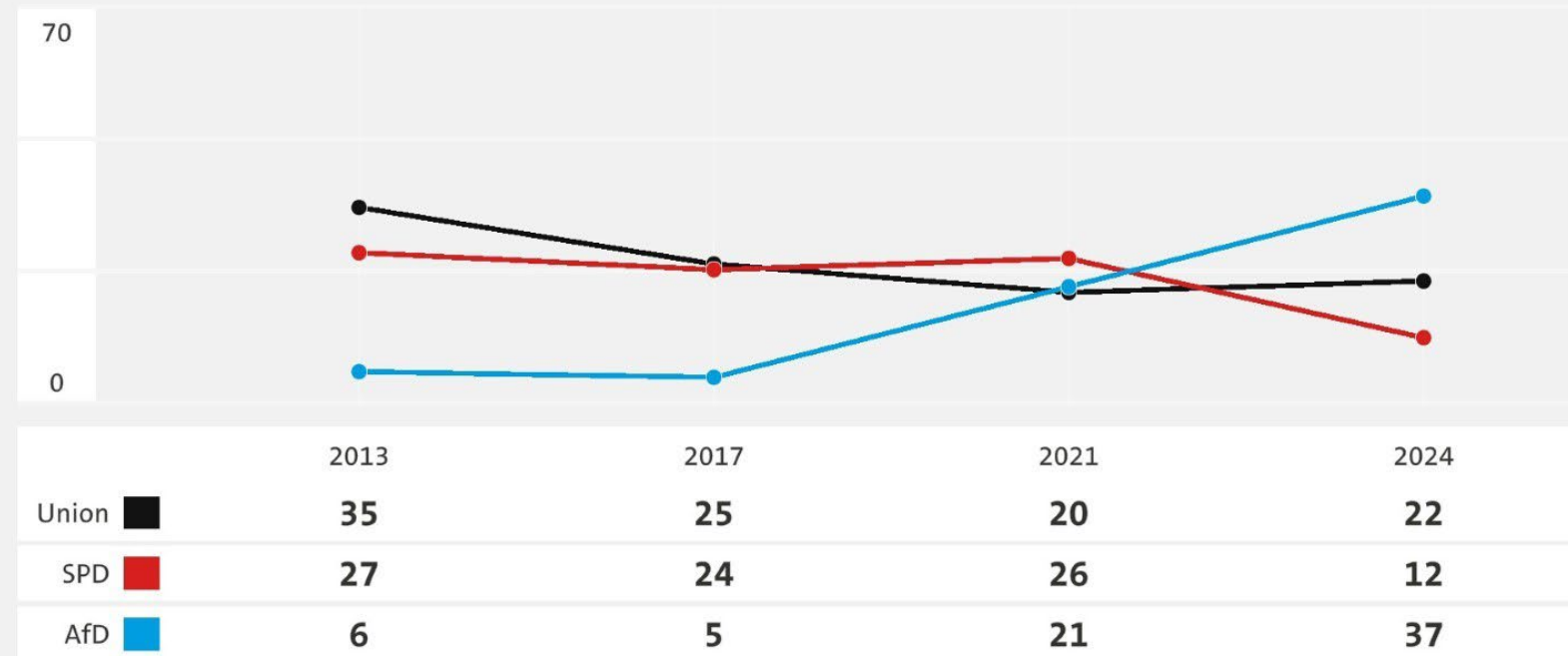


- Überdurchschnittlicher Zuspruch bei „Arbeiter*innen“
- Überdurchschnittlicher Zuspruch bei Menschen mit
 - 1) Negative Einschätzung wirtschaftliche Situation
 - 2) großen ökonomischen Sorgen
- Gewerkschafter*innen wählen leicht überdurchschnittlich AfD

Entwicklung Arbeiter*innenanteil AfD

Bundestagswahl 2025

Stimmanteile unter Arbeitern



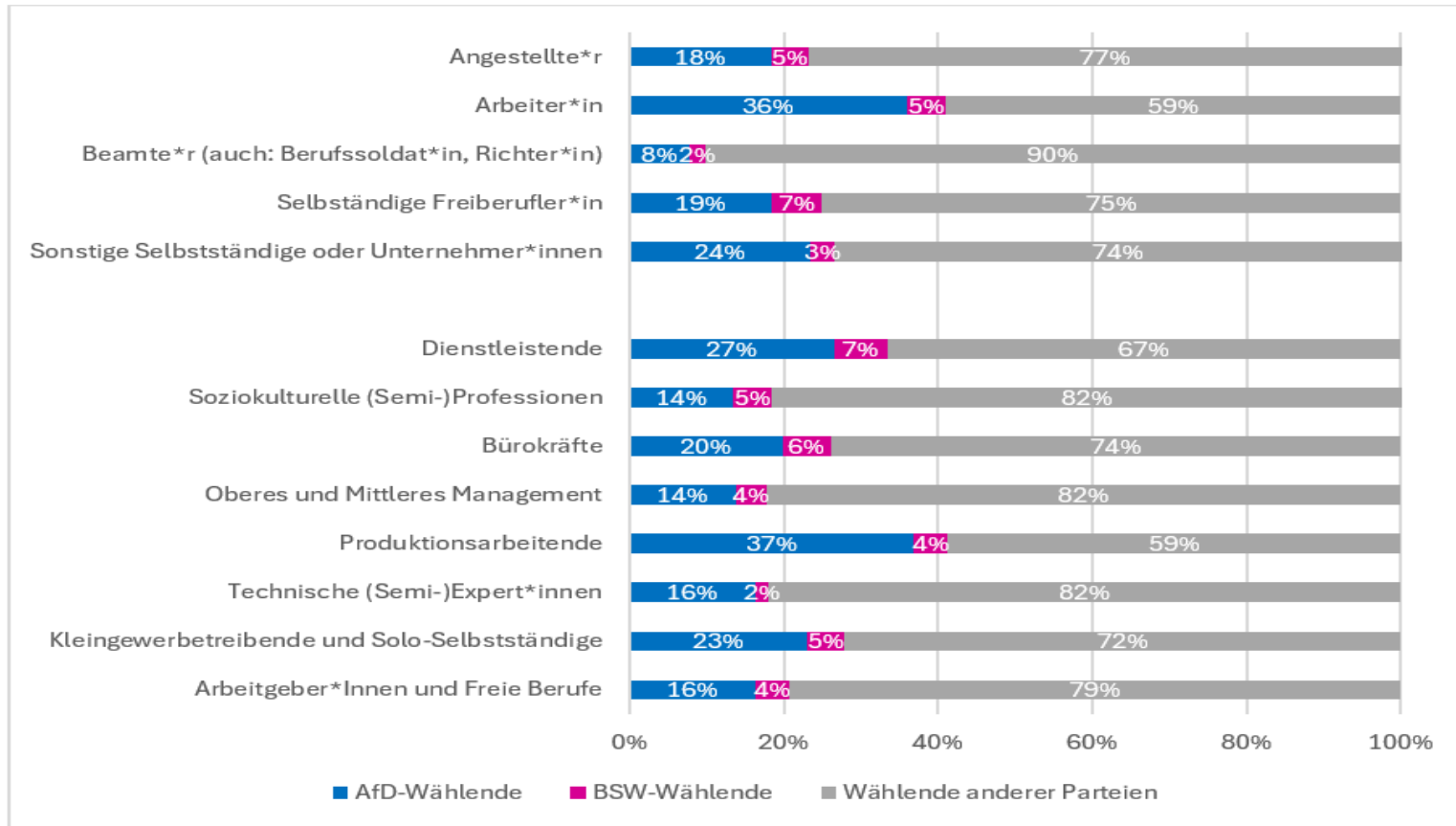
Stand: 23.02.2025, 18:28 Uhr

infratest dimap



AfD-Wählende nach Erwerbsklassen

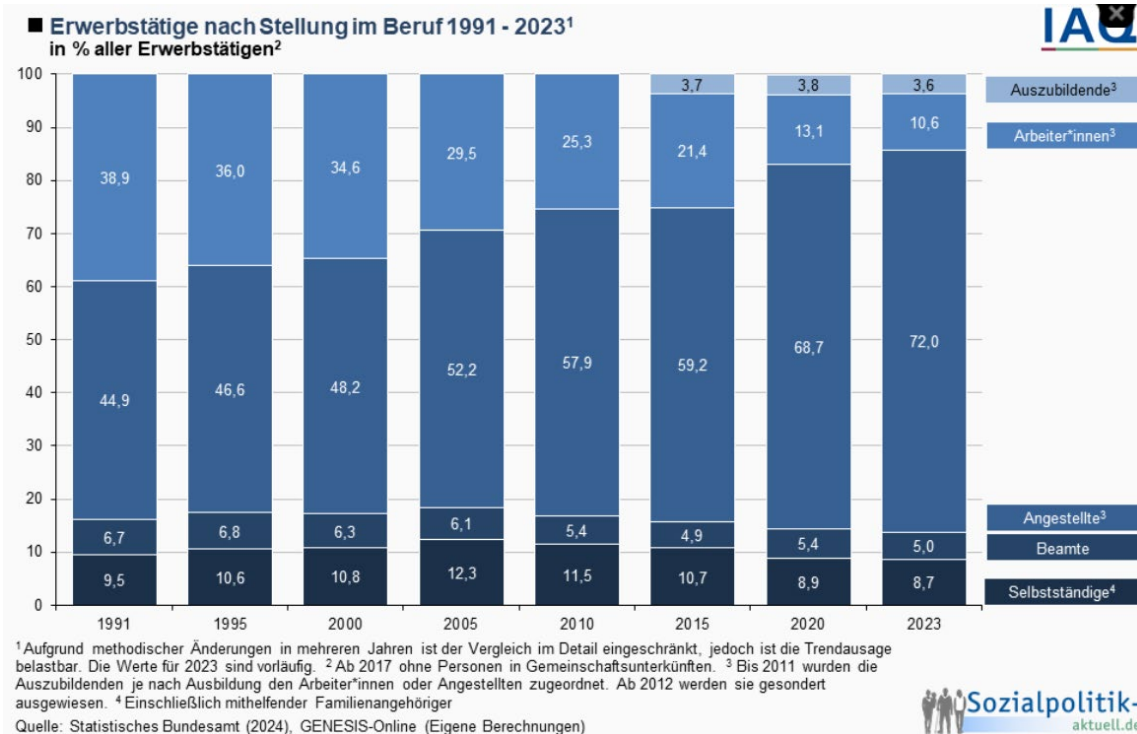
Abbildung 7. Anteil aktuelle AfD-/BSW-Wahlpräferenz nach Tätigkeit und Erwerbsklasse



Quelle: WSI-Erwerbspersonenpanel, Welle 14 (Mrz '25, Wahlverhalten), Welle 13 (Dez '24, Tätigkeit und Erwerbsklasse)

Anmerkung: N=5.671

Arbeiter*innenpartei?



Zusammensetzung der Wähler:innenschaft der AfD
Bundestagswahl 2017 - Näherungswerte, geschätzt auf der Basis von Brenke/Kritikos 2017

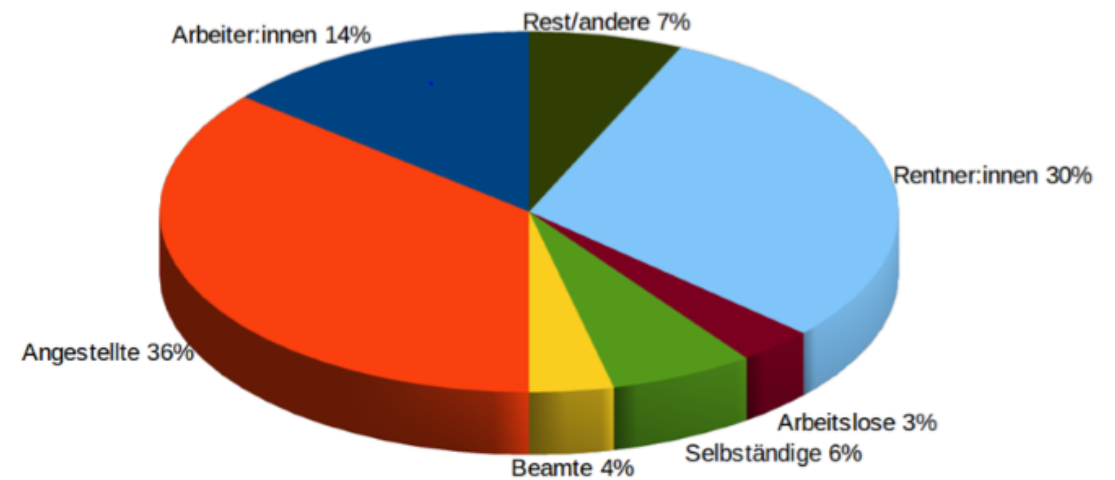
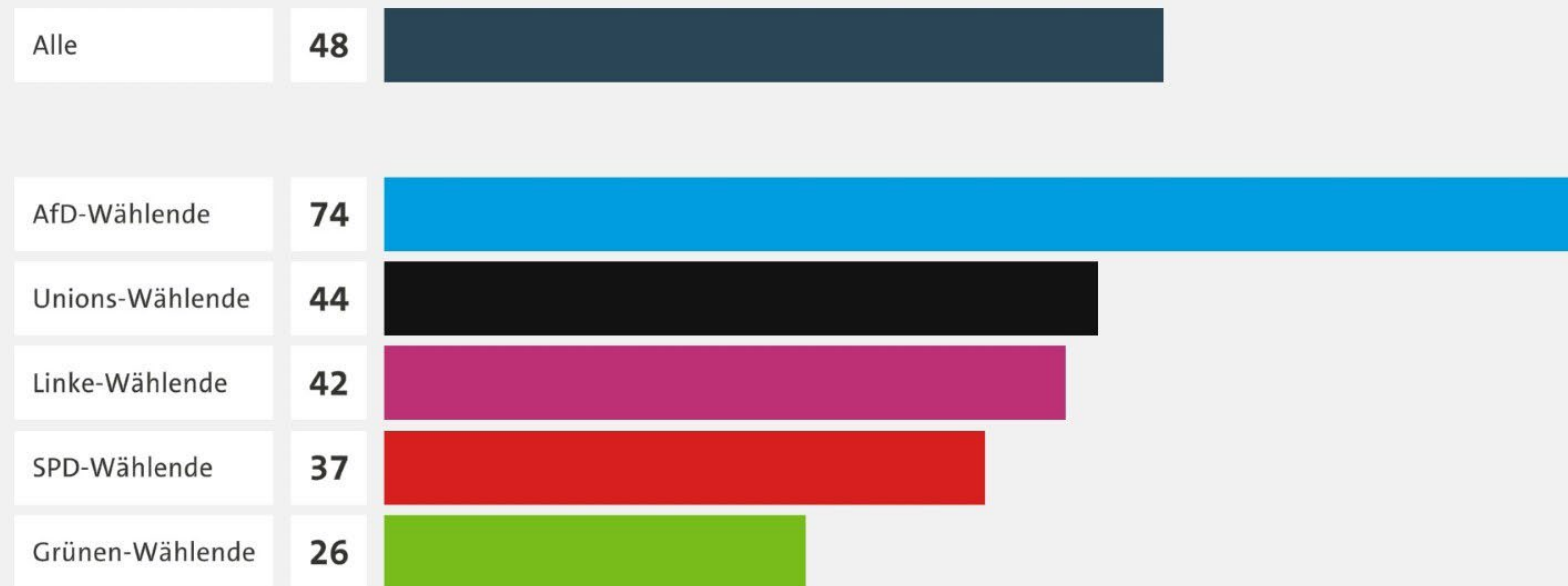


Abb. 2: Zusammensetzung der AfD-Wähler:innenschaft nach Erwerbsstatus
(Quellen: Brenke/Kritikos 2017, Infratest dimap, eigene Berechnungen und Schätzungen).

Die AfD-Wählerschaft hat überdurchschnittlich große ökonomische Sorgen

Bundestagswahl 2025

„Ich mache mir große Sorgen, dass ich meinen Lebensstandard künftig nicht mehr halten kann.“

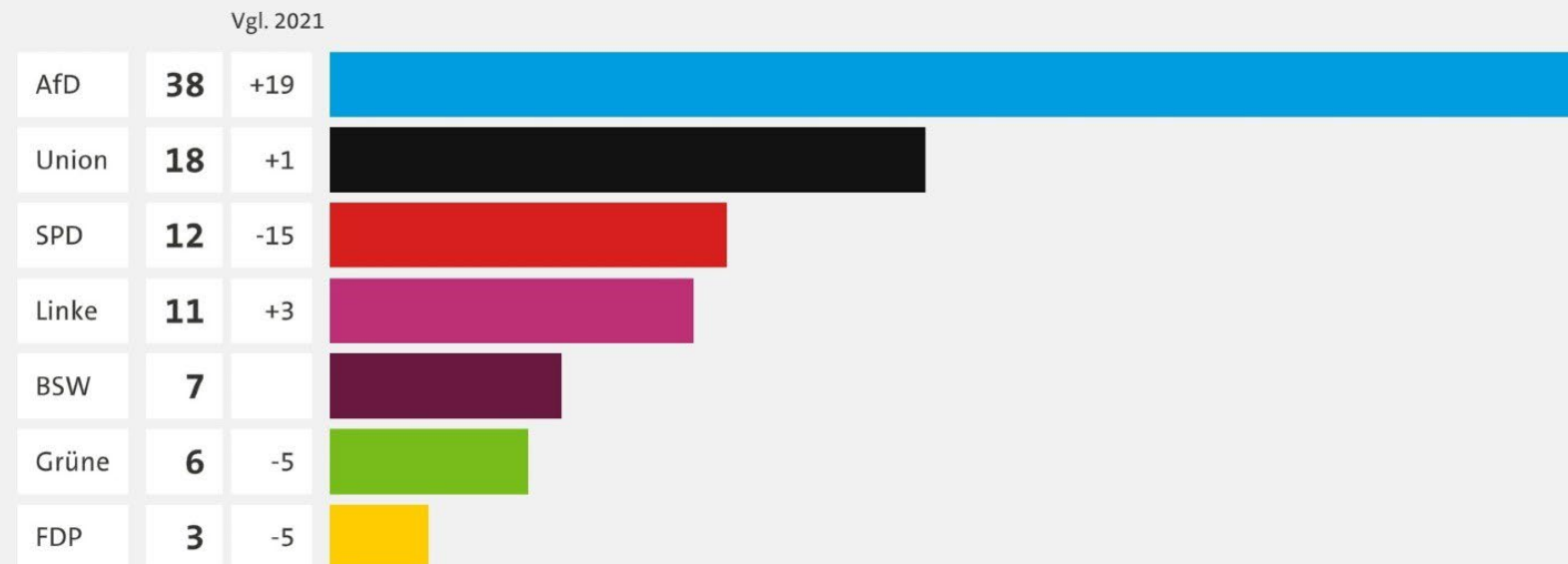


Stand: 23.02.2025, 16:05 Uhr

Wirtschaftliche Stellung AfD-Wählende

Bundestagswahl 2025

Stimmanteile bei Wählenden mit schlechter wirtschaftlicher Situation

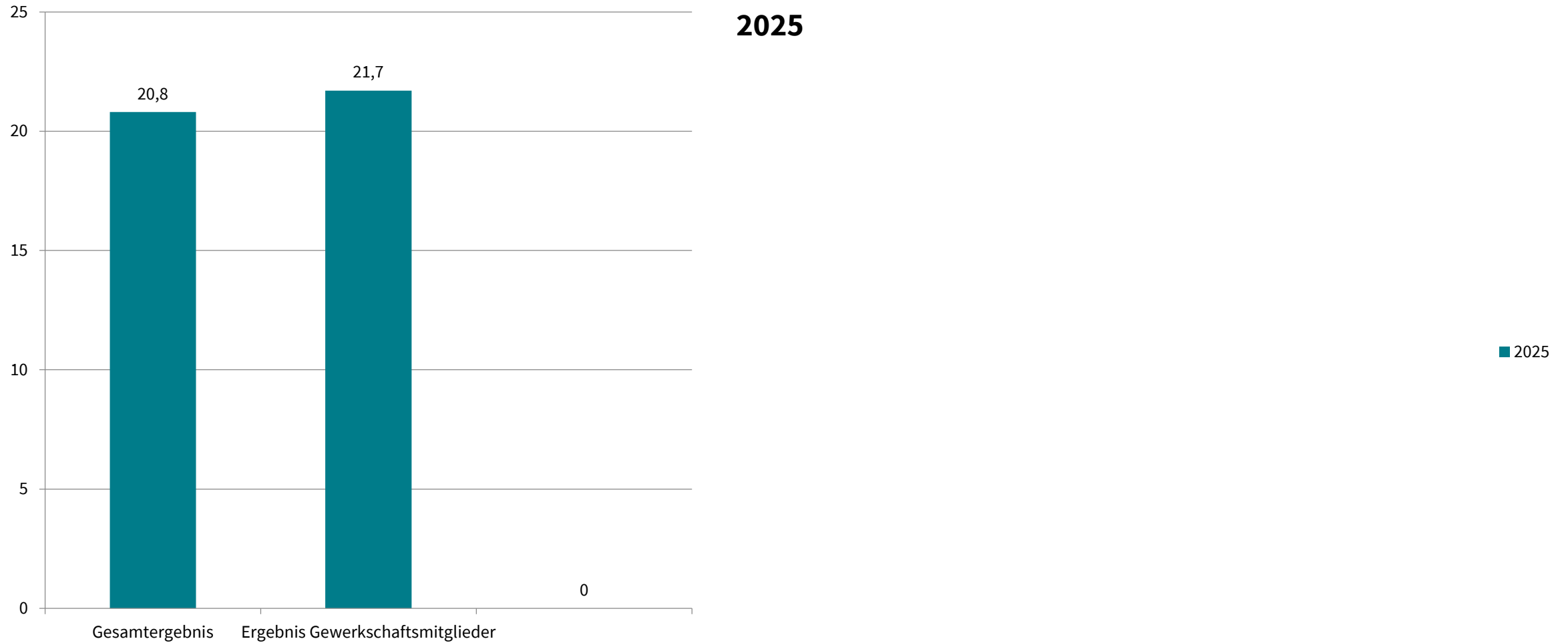


Stand: 23.02.2025, 21:16 Uhr

infratest dimap



So haben Gewerkschafter*innen gewählt



Keine Partei für abhängig Beschäftigte

DGB



[Presse](#) [Karriere](#) [Newsletter](#) [Kontakt](#) [EN](#) [Leichte Sprache](#)

[Der DGB](#)

[Gute Arbeit](#)

[Geld](#)

[Gerechtigkeit](#)

[Service](#)

[Mitmachen](#)

[Politik](#)

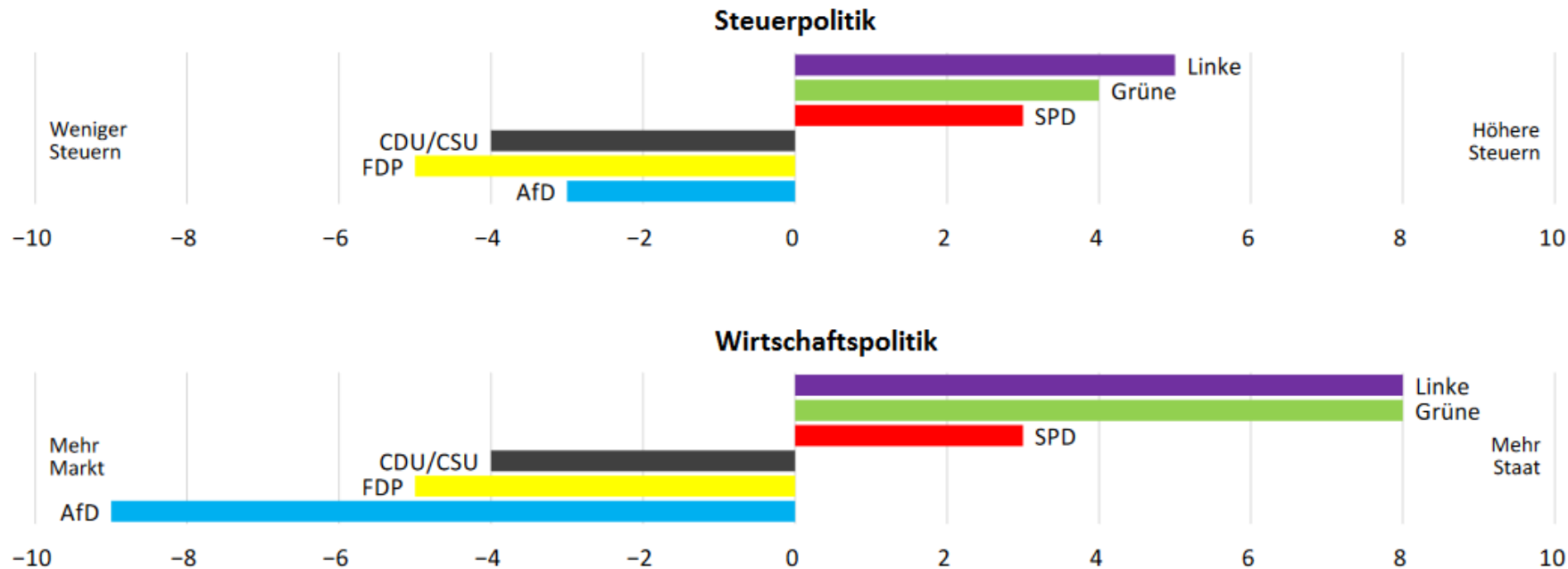


AfD: Der Feind der Beschäftigten

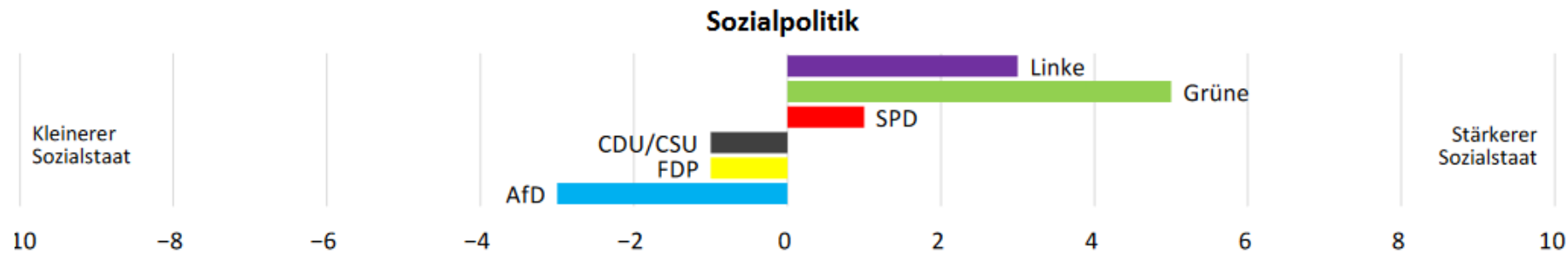
Eine Partei der "kleinen Leute" will die AfD sein, gar eine "Arbeiterpartei". Doch sie vertritt in vielen Politikbereichen nicht die Interessen der Beschäftigten

Parteipolitische Positionen in sieben Kategorien

Summe der Punkte pro Kategorie und Partei auf Basis der Antworten beim Wahl-O-Mat



DIW-Studie zur AfD-Politik



Steuerpolitik für Besserverdienende

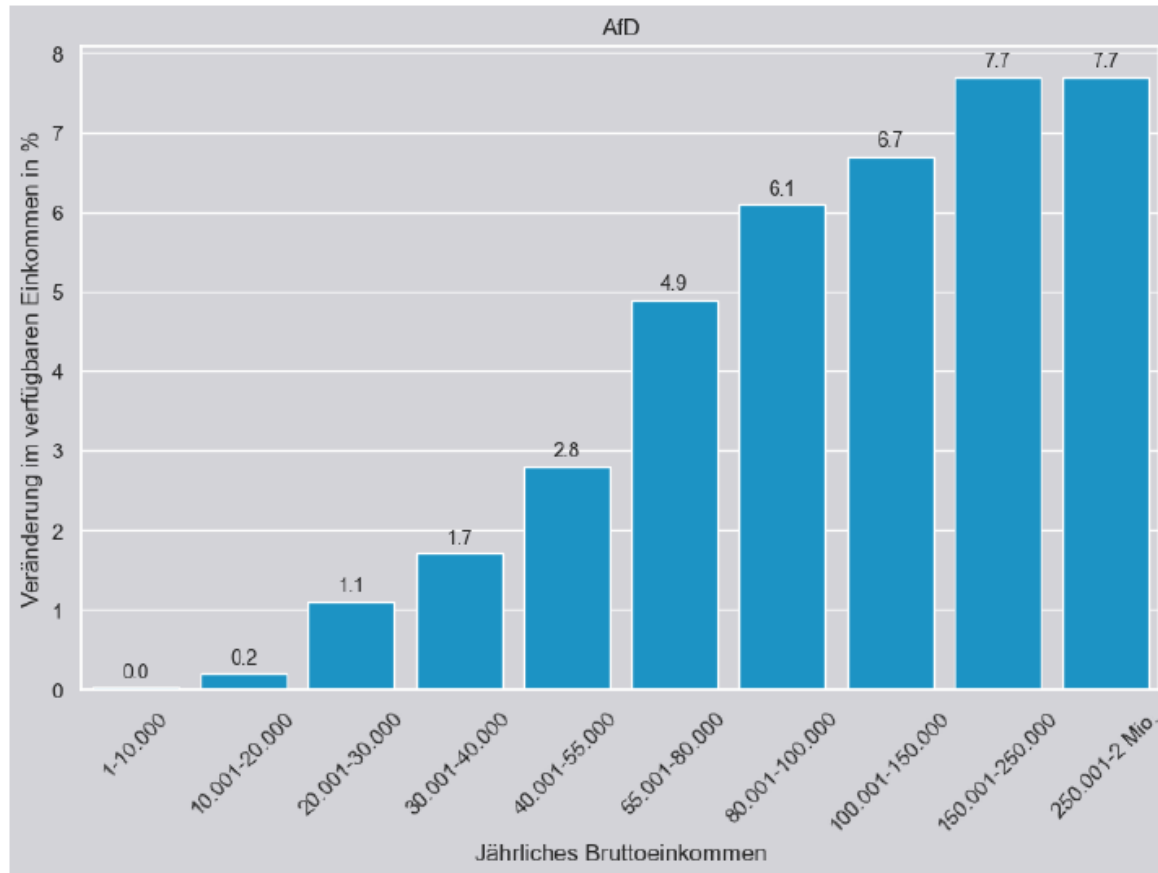


Abbildung 8: Prozentuale Veränderung im verfügbaren Einkommen nach Bruttoeinkommensklasse: AfD

Hinweise: Berechnungen des ZEW Mannheim.

Arbeiterklasse in der Warteschlange



Abstiegsgesellschaft



Gründe für die Attraktivität des rechten Autoritarismus

Materielle Gründe:

- „Abstiegsgesellschaft“, Reallohnverluste
- Transformation: Druck auf industrielle Kerne
- Neoliberale Verheerungen, Vielfachkrise, „Schattenseiten der Globalisierung“

Mentale Verarbeitungen:

Kränkungen: Auflösung männlich geprägter „Normalarbeitsverhältnisse“

Abwertungserfahrungen von Lebensentwürfen

Umdeutung oben-unten in innen-außen-Konflikt

Mögliche gewerkschaftliche Gegenstrategien

- Was schützt vor autoritären Versuchungen?
- Konfliktbereite und durchsetzungsstarke Organe der betrieblichen Mitbestimmung (OBS-Studie und Autoritarismusstudie)
- Erfahrungen von Selbstwirksamkeit
- Sichtbarkeit der eigenen Lage (Streik, Betriebsaktionen)

Gewerkschaftliche Intervention

Die AfD: Keine Alternative für Beschäftigte



Wofür die AfD angeblich steht

(Wahlprogramm, Eigenaussagen)

- „Wir als AfD sind die Partei des kleinen Mannes!“
- Arbeitslosengeld I gerecht gestalten
- Altersarmut verhindern
- Familien stärken, fördern und unterstützen
- bezahlbaren Wohnraum schaffen

Wie sie im Bundestag abgestimmt hat

- höhere Steuern für Besserverdienende
- Entlastung von Geringverdiener*innen
- höheres Arbeitslosengeld I
- Grundrente
- mehr Geld in Kitas
- einmaliger Kinderbonus von 300 Euro je Kind
- Mietpreisbremse
- 5 Milliarden für den sozialen Wohnungsbau

Quelle: AfD-Wahlprogramm 2021; eigene Recherche

in Kooperation mit CORRECTIV und KATAPULT

10

Gründe, warum die AfD keine Partei für Beschäftigte ist:

- Die AfD **schwächt die Macht der Beschäftigten** im Betrieb: Sie will das Streikrecht einschränken, die Gewerkschaften aus den Tarifverhandlungen drängen und Flächentarifverträge aushebeln.
- Die AfD steht **gegen den Sozialstaat** und will soziale Sicherungssysteme schleifen. AfD-Sozialpolitik heißt: **Weniger Staat und mehr Markt**. Beim Thema sparen fällt ihr zuerst der Sozialstaat ein. Alice Weidel sagte im Bundestag auf die Frage, wo der Staat sparen soll: „Bei Arbeit und Sozialen“. Ob Kindergrundsicherung, Mindestloohnerhöhung, Bürgergeld – die AfD ist dagegen.
- Die AfD macht **Politik für die Reichen**. Während sie beim Sozialstaat sparen will, **verschont sie die Reichen und Vermögenden**. Die AfD lehnt die Vermögenssteuer und die Erbschaftssteuer ab. Den Soli, den nur noch die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung zahlen, will sie abschaffen.
- Bezahlbare Mieten** sind für die AfD **kein Thema**: Alle Vorschläge, den immer dramatischeren Anstieg der Mieten zu bremsen, werden von ihr abgelehnt. Gegen Mietendeckel und Mietpreisbremse hat sie mehrfach geklagt, weil sie sich vor allem als **Anwalt von Vermietern und Wohnungskonzernen** sieht. Kein Wunder, dass sie von ihnen mit Spendengeldern bedacht wird.
- Tarifbindung ist der AfD egal**: In Baden-Württemberg will die AfD zum Beispiel das Tarifvergabegesetz des Landes wieder abschaffen. Geregelt wird hier, dass öffentliche Aufträge nur an Unternehmen gehen, die ihren Beschäftigten Tariflöhne zahlen. Das will die AfD ändern, so dass auch wieder **Unternehmen mit Dumpinglöhnen** zum Zuge kommen.

Argumentationshilfe #09

01.02.2025

Mindestlohn/Tarifbindung

Argumentationshilfe #10

01.02.2025

Bürgergeld

Argumentationshilfe #11

04.02.2025

Rentenpolitik der AfD